Deutscher Präventionstag –
der Jahreskongress seit 1995

InGe: Erfahrungen zur Erfassung von Gewalt im öffentlichen Dienst

Ines Hohendorf
Markus Jenki
Franziska Müller
Moritz Zemann

From: Claudia Heinzelmann and Erich Marks (Eds.):
Sicherheit im Wandel
Ausgewählte Beiträge des 29. Deutschen Präventionstages
Forum Verlag Godesberg GmbH 2025

978-3-96410-054-2 (Printausgabe)
978-3-96410-055-9 (eBook)

Ines Hohendorf, Markus Jenki, Franziska Müller, Moritz Zemann

InGe: Erfahrungen zur Erfassung von Gewalt im öffentlichen Dienst.

Zur Notwendigkeit eines Lagebildinstruments: Ausgangslage und Projektmotivation

Derzeit existiert weder in Baden-Württemberg noch auf nationaler Ebene ein umfassendes Lagebild zu physischer und psychischer Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Obwohl strafbare Handlungen, die als sogenannte Opferdelikte klassifiziert sind – dazu zählen Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit und die sexuelle Selbstbestimmung – grundsätzlich durch die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) erfasst werden können, bleibt eine belastbare Quantifizierung der Gewalttaten, die gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst gerichtet sind problematisch. Dies liegt nicht nur an der Methodik der PKS, sondern auch am unterschiedlichen Anzeigeverhalten der verschiedenen Berufsgruppen. Viele Vorfälle von Gewalt werden nicht gemeldet, weil Beschäftigte Ungewissheit über Folgen sehen oder aufgrund eines mangelnden Vertrauens in die Institutionen zögern, von Vorfällen zu berichten (vgl. Bühren et al. 2022b). Diese Dunkelziffer erschwert eine realistische Einschätzung des Ausmaßes der Gewalt und führt dazu, dass präventive Maßnahmen oft nicht auf einer soliden Datenbasis beruhen.

Laufende und in der Vergangenheit durchgeführte Studien sind häufig nicht repräsentativ, so dass ein kontinuierliches und flächendeckendes Monitoring über das Aufkommen und die Entwicklung entsprechender Gewaltvorfälle nicht möglich ist. Die fehlende Standardisierung in der Datenerhebung und -auswertung trägt zur Unübersichtlichkeit bei und macht es schwierig, Trends zu erkennen oder gezielte Maßnahmen abzuleiten. Zudem fehlt es an einer Statistik, die gewalttätige Übergriffe auf

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes differenziert nach Behörden, Einrichtungen oder Rechtskreisen (vgl. Dienstbühl, Sommer 2020; Bühren et al. 2022a) ebenso erfasst wie Übergriffe auf Beschäftigte in der Freizeit oder auf dem Arbeitsweg.

Im Jahr 2016 beschäftigte sich die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) mit der Möglichkeit, ein umfassendes Lagebild zu Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu erstellen. Dabei wurde festgestellt, dass die vorhandenen Datenquellen nicht ausreichen, um ein solches Lagebild zu konzipieren und dass die Erstellung eines solchen Berichts mit erheblichem Aufwand verbunden wäre. Aus diesem Grund entschied die IMK, dieses Vorhaben vorerst nicht weiterzuverfolgen (Hessischer Landtag 2020).

Auf Basis dieser unzureichenden Datenlage wird die Entwicklung einer evidenzbasierten und übergreifenden Strategie zur Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst erheblich erschwert. Eine solche Strategie wäre jedoch dringend notwendig, um sowohl präventive als auch reaktive Maßnahmen effektiv zu gestalten.

Ziele und Partner des Verbundprojekts InGe

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Ausgangslage verfolgt das Verbundprojekt „Lagebildinstrument zu Gewalterfahrungen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst (InGe)“ das Ziel, ein innovatives softwaregestütztes Instrument zur Erfassung und Auswertung von Gewaltvorfällen gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg zu entwickeln. Mittelfristig ist dabei die Schaffung einer einheitlichen und benutzerfreundlichen elektronischen Meldeplattform geplant, die möglichst viele Berufsgruppen zur kontinuierlichen Datenerfassung einbezieht. Im Rahmen dieses Projekts sollen Methoden zur Erfassung und Analyse von Daten erprobt, entwickelt und implementiert werden. Dies ermöglicht nicht nur die Erstellung eines umfassenden Lagebilds, sondern auch die gezielte Analyse spezifischer Arbeitsbereiche oder Institutionen und Organisationen. Ein besonderer Fokus liegt darauf Lösungen für bestehende Herausforderungen zu finden, insbesondere hinsichtlich der Meldebereitschaft sowie der Prüfung und Kategorisierung der eingehenden Meldungen.

Darüber hinaus wird der Aufbau einer Präventionsdatenbank angestrebt, um das Lagebildinstrument auch als effektives Werkzeug für die Kriminal- und Gewaltprävention nutzen zu können.

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt wird von der Gemeinsamen Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention (GeZ KKP) geleitet, die im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg angesiedelt ist. Zu den Verbundpartnern zählen das Centre for Security and Society (CSS) der Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg sowie der IT-Dienstleister disy Informationssysteme GmbH.

Als assoziierte Partnerinnen und Partner wirken das Landeskriminalamt Baden-Württemberg (Zentrum für Sicherheitsforschung), das Bayerische Rote Kreuz, der BBW – Beamtenbund Tarifunion, der Deutsche Gewerkschaftsbund (Bezirk Baden-Württemberg), das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg sowie die Unfallkasse Baden-Württemberg mit. Zudem wird eine Brücke zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft durch einen Beirat geschlagen, der aus insgesamt zehn Mitgliedern verschiedener Institutionen besteht[1].

Projektumsetzung: Grundlagen und Methodik zur Erarbeitung des Lagebildinstruments

Um die Grundgesamtheit kategorisiert zu erfassen wurde für InGe eine Sortierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst einmal nach Ressortzuständigkeiten und einmal nach zwei situativen Dimensionen der Arbeitstätigkeit entworfen. Die zwei Dimensionen sind die Aufgabe bzw. Funktion sowie die Kontaktform zu Bürger*innen. Statt einer starren abschließenden Definition wurde sodann eine Konzeptionierung von „Gewalt" als Modell mehrerer Schalen entwickelt, beginnend mit dem nationalen Strafrecht in der innersten Schale, gefolgt von Definitionen aus dem Umfeld der International Labour Organization (ILO). Die dritten Schale enthält Bestimmungen von Gewalt aus Forschungsstudien in einzelnen Berufsfeldern oder Regionen. Zuletzt folgt die Möglichkeit auch im InGe-Instrument selbst neue Gewaltphänomene durch Betroffene benennen zu lassen.

1 Nähere Infos zum Projekt und den beteiligten Akteuren finden sich auf der Projekthomepage www.projekt-inge.de

Über Forschungsstudien, Workshops mit potentiellen Anwenderinnen und Anwendern und Beiratsmitgliedern, Einzel- und Gruppeninterviews wurde die Thematisierung von Gewalt gegen Beschäftigte in einer Reihe von Berufsfeldern weiter erschlossen. Hinzu kamen zunehmend eigene Verfahren zur Erfassung von Vorfällen innerhalb einzelner Behörden und Organisationen, die für sich einen Überblick über das Thema gewinnen wollten. Die Erkenntnisse wurden in organisationssoziologische Darstellungen überführt, um das zentrale Problem der differierenden Meldeschwellen besser adressieren zu können. Meldeschwelle bedeutet, dass das inhaltlich begriffliche Verständnis, die Akzeptanz von Gewaltformen durch Beschäftigte, die Bedeutung von Gewalt im Berufsfeld sowie die Wahrnehmung und Gewichtung von Vorfällen bei Vorgesetzten unterschiedlich stark variieren können. Hinzu kommt eine sehr unterschiedliche Bereitschaft zu zeitlichem und inhaltlichem Aufwand bei einer Meldung.

Im Kontrast drei Beispiele: In einem Universitätsklinikum (Abb. 1) ist schriftliches Reporting und Dokumentation ein integraler Teil der Organisationsstruktur und der Tätigkeitsroutinen. Es gibt vielfältige Bearbeitungswege, Akteure und Verantwortungsstrukturen. Dabei geht es nicht nur um Gewaltvorfälle gegen Beschäftigte, sondern es gibt Überschneidung mit verschiedensten Zielsetzungen, beispielsweise dem Qualitätsmanagement.

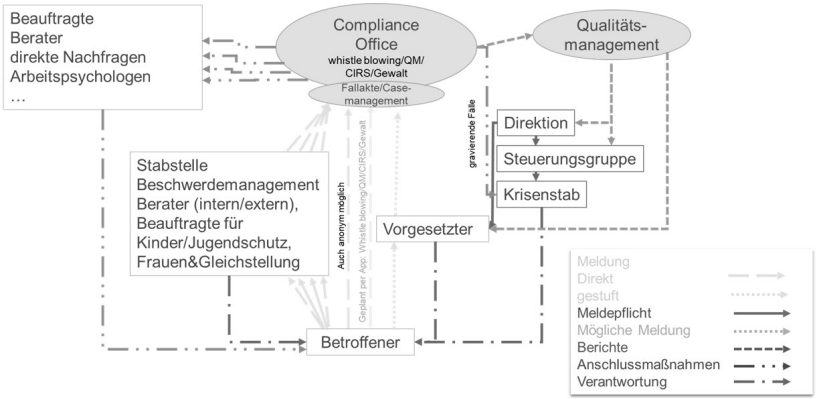

Abbildung 1: organisatorische Einbettung einer Meldung am Bsp. eines Universitätsklinikums

Schulen hingegen (Abb. 2) haben als Kern eine Verantwortungsgemeinschaft aus Lehrerschaft, Schülern, Eltern und Schulleitung, die einen gemeinsamen pädagogischen Auftrag tragen, zu dem auch der pädagogische Umgang mit Gewalt gehört. Alle Beteiligten, also auch mögliche Täterinnen und Täter, sind dabei sozusagen „Insider" im System. Das Kollegium hat zusammen mit den Eltern zentrale Bedeutung als primäre Bearbeitungsebene für Gewaltphänomene. Die Schulleitung ist nach Innen und Außen zentral für die Nutzung von Meldewegen und Meldeschwellen, auch wenn für betroffene Lehrer oder Lehrerinnen grundsätzlich immer die Möglichkeit zu einer direkten persönlichen Meldung beispielsweise bei der Polizei besteht.

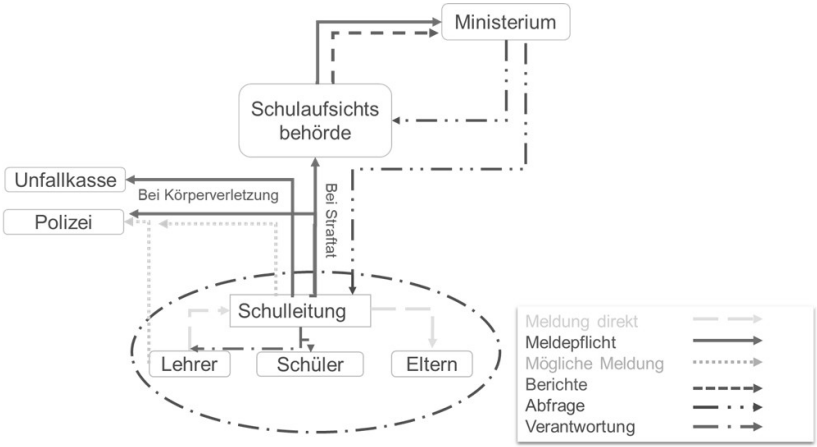

Abbildung 2: Beispiel Schule

In einer Kommunalverwaltung mittlerer Größe (Abb. 3) zeigt sich eine klare mehrstufige Verantwortungshierarchie. Für Meldungen über Gewaltvorfälle ist somit auch eine gestufte formelle Weitergabe von Daten vorgesehen und wird bei der Einführung von internen Verfahren auch entsprechend implementiert. Bei der Analyse wurde jedoch deutlich, dass es ebenso informelle Informationswege gibt, die auch Verantwortungsstufen überspringen können oder ganz an diesen vorbeiführen würden. Um zu einem möglichst vollständigen Datenbestand zu kommen, müssten auch diese Wege Berücksichtigung finden.

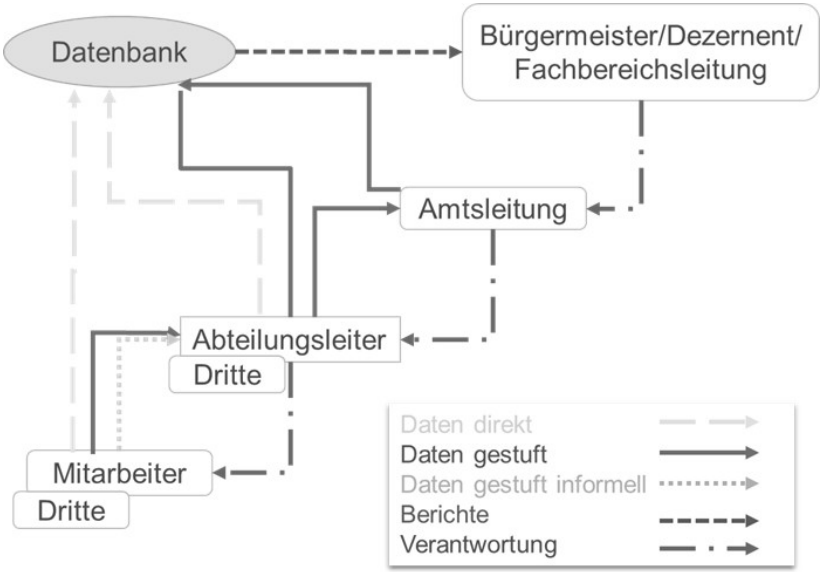

Abbildung 3: Beispiel Kommunalverwaltung Mittelstadt

InGe hat sich daher im Projektverlauf zu einem System mit mehreren Erfassungswegen und Analyseebenen entwickelt, so dass InGe in unterschiedliche Strukturen eingepasst werden, unterschiedlichen Verantwortungshierarchien und Vertraulichkeitsansprüchen gerecht werden, sowie mit unterschiedlichen Meldeschwellen umgehen kann. InGe kann damit bei der Implementierung entweder um organisationsspezifische Informationen ergänzt werden oder bestehende Meldesysteme funktionsäquivalent ersetzen.

Das InGe-Konzept: Von der Meldung zur Datenauswertung

Die Analyse der Anforderungen an das Lagebildinstrument in Kombination mit den spezifischen organisatorischen Kontexten hat ergeben, dass Meldungen bei der Anwendung auf drei Meldewegen möglich sein sollten. Die Nutzerinnen und Nutzer – darunter fallen Betroffene selbst, aber auch Personen, die vom Gewaltvorfall nicht direkt betroffen waren aber ausreichend Informationen über einen Vorfall haben, beispielsweise Kollegen oder Vorgesetzte, haben bei der Eingabe die Freiheit selbst zu entscheiden, welchen der drei Meldewege sie wählen möchten (vgl. Abb.

4). Alle drei Meldewege erbringen den gleichen Kerndatenbestand über einen Vorfall. Je direkter die Dateneingabe erfolgt, desto geringer werden aber unmittelbare Prüf- und Reaktionsmöglichkeiten auf einzelne Vorfälle, weil personalisierte Angaben über Betroffene fehlen.

Abbildung 4: Die drei Meldewege in InGe

Die erste Option besteht darin, die Meldung nach der Eingabe an den direkten Vorgesetzten oder die direkte Vorgesetzte weiterzuleiten. Dieser Ansatz entspricht dem gängigen Verfahren in Behörden und Kommunen, bei dem Informationen an die unmittelbar verantwortlichen Vorgesetzten weitergegeben werden. Dieser Prozess ermöglicht, dass Arbeitgeber ihrer Fürsorgepflicht direkt nachkommen und auf diesem Wege im Bedarfsfall Hilfs- und Unterstützungsangebote bereitgestellt werden können.

Mittels der zweiten Option wird eine Vertrauensstelle in die Vorfallsmeldung eingebunden, wodurch Vorgesetzte keine unmittelbaren Informationen über den/die Betroffene/n und mögliche Folgen erhalten. Gleichzeitig sammelt die Vertrauensstelle Erfahrungen bei der Eingabe von Meldungen und kann Unklarheiten beispielsweise über Inhalte oder Meldewürdigkeit von Vorfällen beseitigen. Während der Testphase haben die Testkommunen als Vertrauensstellen Personalräte und Rechtsabteilungen benannt.

Die dritte Option ermöglicht die anonyme Eingabe eines Vorfalls. Weder Vorgesetzte noch die Vertrauensstelle haben hier Zugriff auf die detaillierten Inhalte der Meldung. Solche Fallmeldungen werden in den Auswertungen erst sichtbar, wenn eine ausreichende Aggregierung oder Pseudonymisierung erfolgt ist. Dies kann auch bedeuten, dass sie erst bei der übergeordneten Stelle erfasst werden, die das Lagebild „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg“ erstellt.

Das avisierte Lagebildinstrument folgt der Logik einer flächendeckenden, berufsgruppenübergreifenden und kontinuierlichen Erfassung von Gewaltvorfällen zur Darstellung von Verlaufsentwicklungen (vgl. Abb. 5).

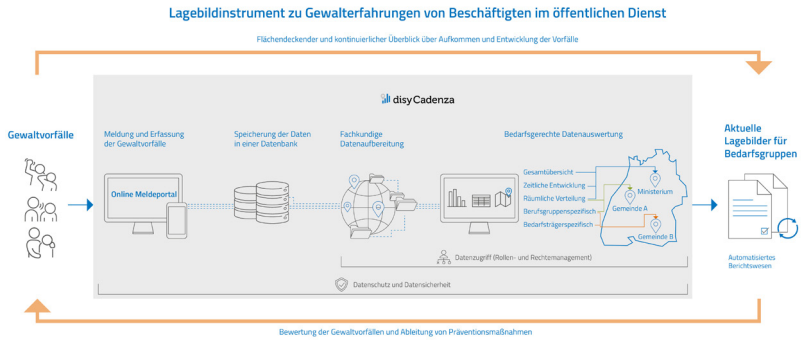

Abbildung 5: Ablauf einer InGe-Meldung

Durch die Eingabe eines Erlebnisses über die InGe Plattform werden die Fallinformationen erfasst, in einer Datenbank gespeichert und aufbereitet. Je nach Zugangsberechtigung zur Dateneinsicht können dann bedarfsgerechte Auswertungen vorgenommen werden, die sich an unterschiedliche Handlungsebenen richten. In aggregierter Form sollen die Daten ein landesweites Lagebild ermöglichen, mit der Möglichkeit regionale, behördenspezifische sowie weiteren Parameter zur Analyse zu nutzen. Auf diese Weise können Gewaltvorfälle bewertet und zielgerichtet Präventionsmaßnahmen abgeleitet werden. Im Projektverlauf wurde der Prototyp in zwei Kommunen unterschiedlicher Größe und Struktur (städtisches Oberzentrum, ländlicher Kreis) eingesetzt. Zur Evaluation wurden Gruppeninterviews, Vorbefragungen, Datenanalysen und Nachbefragungen durchgeführt.

Prototyp Lagebildinstrument

Das entwickelte Lagebildinstrument besteht aus zwei Kernelementen:

- Einer Eingabemaske zur Erfassung von Vorfällen durch den Meldenden
- Einer Analyseplattform zur behördenspezifischen Auswertung der Meldungen

Die Eingabemaske wurde in Form einer Homepage umgesetzt. Nach einer Einverständniserklärung und Informationen zum Datenschutz auf der Startseite werden die Nutzenden anhand von verschiedenen thematischen Blöcken schrittweise durch die Meldung geleitet. Abgefragt werden Informationen zum eigentlichen Vorfall (Wer ist betroffen? Was ist passiert? Wo? Wann?), zur Arbeitsstelle (zuständige Behörde/Kommune), zu den Auswirkungen (psychische oder physische Folgen? Arztbesuche?) und zu den weiteren Umständen (Wie konnte die Situation entschärft werden? Ist bereits eine Unfallmeldung erfolgt? Wird weitere Unterstützung gewünscht?). Entlang der Meldung gibt es verschiedene Weichenstellungen, beispielsweise die Frage nach der Wahl des Meldeweges oder ob die Meldung als Betroffene/r oder als Beobachter/in erfolgt. Je nach Antwort werden den Meldenden in der Folge nur die Fragen angezeigt, die für seine oder ihre Art der Meldung erforderlich oder datenschutzrechtlich erlaubt sind. Hierdurch sollen die Nutzenden nicht mit zu viel Inhalt überladen werden und eine schnelle Meldung ermöglicht werden. Beispielsweise wird bei einer anonymen Meldung kein Name erhoben. Bei einer Meldung als Beobachter/in erfolgt keine Abfrage der Auswirkungen auf die betroffene Person, so dass hier keine Daten über Dritte erhoben werden. Die Abgabe einer Meldung ist bereits nach der Eingabe weniger Pflichtangaben (Informationen zum Vorfall und der Arbeitsstelle) möglich. Weitere Angaben erfolgen dann auf freiwilliger Basis. Um eine möglichst zügige und schlüssige Dateneingabe zu erleichtern, wurden Detailaspekte immer nur dann eingeblendet und abgefragt, wenn entsprechende Oberkategorien beispielsweise zur Art des Gewaltvorfalls oder zur Schwere der Belastung ausgewählt wurden.

Nach Eingabe aller Informationen erhält der/die Meldende eine Übersicht der eingegebenen Daten zur Kontrolle und Korrektur (vgl. Abb 6). Sollte die Beschreibung des Vorfalls an dieser Stelle noch nicht durch die vorhandenen Auswahlmöglichkeiten abgedeckt sein, können in der Folge Freitextfelder zur genaueren Spezifizierung einzelner Sachverhalte genutzt werden. Nach dem Abschicken der Meldung wird der meldenden Person eine individuelle ID vergeben. Anhand dieser kann später eine Datenauskunft oder ein Antrag auf Datenlöschung erfolgen.

InGe

InGe Meldung

Einleitende Fragen | Angaben zum Vorfall | Auswirkungen | Persönliche Daten | **Zusammenfassung** | Weitere Angaben | Absenden

Aufgrund Ihrer bisherigen Angaben ergibt sich folgende Darstellung des Vorfalls. Bitte überprüfen Sie, ob diese den Vorfall in angemessener Weise beschreibt. Falls nicht, nutzen Sie bitte im Anschluss die Möglichkeit, den Vorfall sowie die Auswirkungen mit eigenen Worten genauer zu beschreiben.

Einleitende Fragen

Meldeweg	Meldeweg 1: Detaillierte Meldeinformation an meinen direkte/n Vorgesetzte/n und die behördliche Vertrauensstelle
Vorname Melder	Max
Nachname Melder	Mustermann
Kommune	Ostalbkreis
Behörde/ Instution	Jugend und Familie
Abteilung	Wirtschaftliche Jugendhilfe (WJH)
Bezug zum Vorfall	Betroffene/r

Angaben zum Vorfall

Vorfall gegen	Gegen mich selbst
Anzahl Betroffene	1
Zeitpunkt	2024-09-05T14:30
Ort	Auf dem Weg zur Arbeit oder nach Hause
Gewaltkategorie	• Respektlosigkeit • Beleidigung • Versuchte Körperverletzung
Unterkategorie	• unangemessene Ausdrucksweise • Geste
Körpereinsatz Täter	Faustschlag
Tatmittel	keine
Täter vorher bekannt	es gab bereits zuvor Vorfälle mit dieser/n Person/en
Zurechnungsfähigkeit Täter	nein, nichts dergleichen konnte beobachtet werden
Entwicklung der Situation	Die Situation entwickelte sich unerwartet und der Übergriff kam plötzlich
Entschärfung Situation	durch weitere anwesende Personen

Weiter

Angaben mit * sind Pflichtangaben und müssen im Rahmen der Meldung ausgefüllt werden.

© 2024 InGe Projekt - Impressum

Abbildung 6: Übersicht einer InGe-Meldung mit Beispieldaten.

Die Nutzung der Meldeplattform war während der Testphase ohne personalisierte Anmeldung möglich, um das Meldeverhalten möglichst niedrigschwellig zu halten. Grundsätzlich ist eine Einbindung der ersten beiden Meldewege in Personalzugangssysteme möglich und kann den Meldeablauf deutlich beschleunigen, weil dann einige Angaben z.B. zur Behördenzugehörigkeit automatisch hinterlegt werden können.

Die Speicherung der Daten erfolgte in einer zentralen Datenbank. Von dort wurden die Meldungen dann für die jeweils zugangsberechtigten Personen, z.B. Vorgesetzte oder Behördenleitungen, über die Analyseplattform bedarfsgerecht und in zum Teil aggregierter und damit anonymisierter Form zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung der Analyseplattform erfolgte auf Basis der Busines Intelligence Plattform disy Cadenza. Die Visualisierung der Daten erfolgte in Form von Datendashboards, wobei Tabellen, Kennzahlen (z.B. Anzahl Fälle pro Zeitraum) mit Zeitverläufen (Fälle pro Tag) und Schaubildern (z.B. Kreisdiagramm mit prozentualer Verteilung nach Gewaltform) in thematischen Arbeitsblättern kombiniert wurden (vgl. Abb. 7 und 8). Durch verschiedene Filter können die Daten auf z.B. eine Kalenderwoche oder auf eine einzelne Abteilung eingeschränkt werden, um einzelne Sachverhalte zu beleuchten.

Abbildung 7: Fallübersicht Abteilungsleitungen (Beispieldaten)

Je nach Kommunenzugehörigkeit und der funktionalen Position in der Kommune erhalten die Nutzenden hierbei lediglich Zugriff auf Meldungen, die auch in ihrem Verantwortlichkeitsbereich liegen. Insgesamt werden vier verschiedene Rollen unterschieden:

- Abteilungsleitung, mit direktem Zugriff auf die Daten der Meldung von Mitarbeitenden in der Abteilung über Meldeweg 1 (Abb. 7).
- Behördenleitung, mit Zugriff auf aggregierte Meldungen (Meldeweg 1) mehrerer Abteilungen in einer Behörde (z.B. Anzahl, Ausprägung) ohne persönliche Information (z.B. Name) (Abb. 8).
- Kommunenleitung mit Zugriff auf aggregierte Meldungen (Meldeweg 1) mehrerer Behörden innerhalb einer Kommune.
- Vertrauensstelle, mit Zugriff auf die Daten alle Meldungen einer Kommune über Meldeweg 1 und 2.

Je nach Rolle können die Informationen dann zur direkten Unterstützung der Betroffenen oder auch im Sinne eines übergeordneten Lagebilds ausgewertet werden, um zielgerichtete Präventionsmaßnahmen anzubieten.

Abbildung 8: Aggregierte Übersicht am Bsp. Behördenleitung (Beispieldaten)

Anonyme Meldungen wurden lediglich in aggregierter Form auf Behördenebene angezeigt, wenn in einer Woche mehr als fünf Meldungen eingegangen waren.

Eine Datenaggregation über mehrere Kommunen hinweg im Sinne eines Lagebildes ist in Abbildung 9 beispielhaft dargestellt. Hier wäre es beispielsweise möglich aufgrund der großen Datenmenge auch Details von anonymen Meldungen in die Auswertung zu integrieren oder auch demographische Auswertungen zu ermöglichen. Grundlage hierfür ist eine ausreichend große Datenmenge, die eine Reidentifikation nach geltenden Datenschutzstandards ausschließt.

Abbildung 9: Beispiel Lagebild mit demografischen Daten und anonymen Meldungen (Beispieldaten)

Aus Gründen der IT-Sicherheit und des Datenschutzes wurden alle Komponenten des InGe-Systems (Meldeplattform, Datenbank, Analyseplattform) während der Testphase in einer Cloud betrieben, die Grundschutzstandards des Bundesamtes für Informationssicherheit (BSI) erfüllte.

Ausblick

Angestrebt wird, dass der entwickelte Demonstrator ca. ein Jahr nach Projektende schrittweise in einen Wirkbetrieb überführt wird. Nachfragen aus einzelnen Bundesländern und von verschiedenen Kommunen und Behörden zeigen das anhaltende Interesse am Instrument.

Insgesamt ist es entscheidend, dass sowohl auf politischer als auch auf institutioneller Ebene Anstrengungen unternommen werden, um eine solide Datenbasis zu schaffen. Nur so kann langfristig eine wirksame Stra-

tegie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst entwickelt werden.

Zum Zeitpunkt des Vortrags befindet sich die Testphase in der Auswertung. Die Forschungsberichte werden nach Projektabschluss über die Forschungshomepage zum Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (www.sifo.de) angekündigt und veröffentlicht.

Literatur

Bühren, Katharina/ Engewald, Bettina/ Piesker, Axel/ Steffens, Benedikt/ Steffens, Carolin/ Ulig, Fabienne/ Ziekow, Jan (2022a): Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Ein Literatur- und Praxisüberblick. URL: https://dopus.uni-speyer.de/frontdoor/deliver/index/docId/5741/file/FB302.pdf.

Bühren, Katharina/ Kuche, Caroline/ Piesker, Axel/ Steffens, Benedikt/ Steffens, Carolin/ Tritsch, Sarah/ Ulig, Fabienne/ Ziekow, Jan (2022b): Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Ergebnisse der Behörden- und Beschäftigtenbefragung. URL: https://dopus.uni-speyer.de/frontdoor/deliver/index/docId/5769/file/FB303.pdf.

Dienstbühl, Dorothee/ Sommer, Nadja (2020): Sicherheit für Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst. Gefahrensituationen erkennen, Schutzkonzepte entwickeln, Stuttgart, Richard Boorberg Verlag.

Hessischer Landtag (2020): Kleine Anfrage Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD) vom 10.01.2020 Zunehmende Angriffe auf Mitarbeiter öffentlicher Einrichtungen, Polizei und Rettungskräfte und Antwort Minister des Innern und für Sport (Drucksache 20/1787), URL: https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/7/01787.pdf.

Inhalt

Vorwort 7

Der Deutsche Präventionstag und ständige Veranstaltungspartner
Cottbuser Erklärung des 29. Deutschen Präventionstages 11

I. Expertisen zum Schwerpunktthema

Kristin Weber, Frank Asbrock
Sicherheit und Kriminalität im Wandel: Eine kritische Betrachtung aktueller Entwicklungen 19

Stefanie Kemme, Jasper Bendler & Jens Struck
Subjektive Sicherheit – Ein Überblick über Konzeptualisierungen, Forschungsstand und Impulse für die Prävention 51

Christopher Daase
Sicherheitsdiskurse 95

Benjamin Derin & Tobias Singelnstein
Akteur:innen der Sicherheit – Entwicklung und Schattenseiten der Polizei und Alternativen dazu 119

II. Vorträge

Frank Asbrock, Rowenia Bender, Aileen Krumma, Deliah Wagner
Die Rolle von Intergruppenkontakt in der Kriminalprävention 153

Dunya Elemenler, Tuğba Tekin
Stigmatisierende Effekte in der Präventionsarbeit 173

Ines Hohendorf, Markus Jenki, Franziska Müller, Moritz Zemann
InGe: Erfahrungen zur Erfassung von Gewalt im öffentlichen Dienst 185

Laura Kapp, Bianca Strzeja
Feministische Mädchen*arbeit als Gewaltprävention:
Ein Ansatz für eine geschlechtergerechte Zukunft 199

Carina Kneip
Sexueller Missbrauch/Kinderpornografie – Die Relevanz der
Prävention und interdisziplinären Vernetzung 209

Vincent Knopp, Kai Denker
Extrem rechte Meme: Topoi, Stilmittel, Strategien 217

Jamuna Oehlmann, Charlotte Leikert
Rahmenbedingungen und Standards erfolgreicher Onlineprävention.
Wie umgehen mit islamistischen Inhalten im Netz? 237

Fabian Mayer, Bernadette Hof
ELSA – Evidenzbasierte lokale Sicherheitsanalysen 247

Franziska Franz, Maike Meyer, Alexander Wollinger
Prävention von Kriminalität im Kontext großfamiliärer Strukturen 259

Tabea Fleps, Dominik Gerstner, Verena Keil, Egon Wachter, Thomas Mößle
Kriminologische Forschung Baden-Württemberg (KriFoBW) –
Erste Ergebnisse der landesweiten Sicherheitsbefragung 269

Francesca Müller, Sylvia Bach
Aus der Krise in die Prävention: Psychosoziale Perspektive der
Flutkatastrophe 2021 293

Frank Pintsch
Urbane Sicherheit und neue Sicherheitsgovernance –
Innenansichten der Stadt Augsburg 307

Anna Rau, Janina Hentschel
Kommunale Prävention im Wandel! – Wie kann
Veränderung gelingen? 335

Sophie Reimers
Prävention, Aufklärung und Vernetzung –
Eltern-Medien-Beratung 355

Wilfried Schubarth, Manfred Rolfes
Wie der Ost-West-Dialog gelingen kann. Ein Workshop als Beitrag zur Ost-West-Verständigung 369

Kerstin Sischka
Einsamkeit und Destruktivität – Eine psychotherapeutische Perspektive zu Radikalisierungsprozessen unter Jugendlichen 379

Sophie von Bissingen
Antisemitismus und Verschwörungsmythen – neue Kommunikationswege in der Kriminalprävention 397

Katharina Witterhold
Mit IT-Sicherheit gegen digitale Gewalt. Tech Abuse vorbeugen und abwehren. 405

Michael Wörner-Schappert
Künstliche Intelligenz (KI) im Kontext von Extremismus – Problemlagen und Beispiele 421

III. Der 29. Deutsche Präventionstag im Überblick

Tana Franke, Erich Marks
Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 29. Deutschen Präventionstages 437

Rainer Strobl
Evaluation des 29. Deutschen Präventionstages 465

IV. Autor*innen 500